

Nein zur «Volkswahl des Bundesrates»

Mit der Volkswahl des Bundesrates würde die Politik gelähmt und alle Nichtmillionäre wären als Bundesräte von vornherein ausgeschlossen. Die EVP will das Funktionieren der Landesregierung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen und lehnt die Initiative einhellig ab.



MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Die Initiative «Volkswahl des Bundesrates» verlangt, dass der Bundesrat künftig vom Volk statt vom Parlament gewählt wird. Das auf den ersten Blick sympathische Anliegen hat gewichtige Nachteile, weshalb die Delegierten der EVP Schweiz die Initiative ohne Gegenstimme zur Ablehnung empfohlen haben.

■ Wer in den Bundesrat gewählt werden möchte, müsste einen nationalen Wahlkampf führen. Die Bun-

desrätinnen und Bundesräte wären durch den Wahlkampf komplett absorbiert und die Politik vor den nationalen Wahlen lahmgelegt. Das können wir uns nicht leisten.

■ Um den Stimmberechtigten zu zeigen, welche Bundesrätinnen und Bundesräte nicht nur in der Arena, sondern auch bei der täglichen Arbeit eine gute Falle machen, bräuchte es einen sehr grossen Aufwand. Das Geld würde im Wahlkampf nochmals massiv an Bedeutung gewinnen. Alle Nichtmillionäre wären als Bundesräte von vornherein ausgeschlossen.

■ Die mächtigen, finanzstarken Verbände könnten noch mehr Einfluss nehmen. Doch Wahlkampf wie in den USA möge uns erspart bleiben.

■ Die Landesregierung hat sich gegenüber dem Parlament in Sachfragen zu verantworten und zu bewähren. Dieses Gleichgewicht wird mit der «Volkswahl des Bundesrates» sehr leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

■ Schliesslich wären die Bundesratskandidaten die Wahllokomotiven ihrer Parteien bei den Nationalratswahlen. Die EVP wünscht sich Persönlichkeiten im Bundesrat, die eine gesunde Unabhängigkeit von der eigenen Partei haben.

Oft wird angeführt, was in den Kantonen bei den Regierungsratswahlen funktioniere, müsse auch auf Bundesebene möglich sein. Doch ein Wahlkampf in einem Kanton ist bezüglich zeitlichem und finanziellem Aufwand nicht zu vergleichen mit einer Kampagne in der ganzen Schweiz. Zweitens hätte die EVP nichts dagegen, wenn die Regierungsräte durch die kantonalen Parlamente gewählt würden. Auch hier stellt sich das Problem, dass die Leistungen durch die Bevölkerung schwierig einzuschätzen sind. Zusammengefasst: Die Initiative löst kein einziges Problem, ist jedoch mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden und sorgt für eine Amerikanisierung der hiesigen Verhältnisse. Lasst uns deshalb dieser Initiative eine deutliche Abfuhr erteilen!

KOMMENTAR



Freiheit für alle

Ende Mai findet das erste Treffen der EVP-Arbeitsgruppe «Menschenhandel und Sex-Trafficking» statt. Die Resonanz auf den Aufruf zur Mitarbeit war sehr ermutigend. Das Thema ist von grossem Interesse und topaktuell.

Heute ist die Sklaverei praktisch weltweit verboten. Verschwunden ist sie aber nicht. Abermillionen von Menschen leben unverändert in sklavenähnlichen Abhängigkeitsverhältnissen – nicht nur Opfer des Frauenhandels, sondern auch zahllose Kinder oder ganze Gesellschaftsschichten, wie die indischen «Unberührbaren» (Dalits). Angesichts der Grösse, Tragweite und Unfassbarkeit dieses Problems kann man sich fragen, was wir überhaupt auszurichten vermögen.

Gegenwärtig lese ich die Biografie des englischen Unterhausabgeordneten William Wilberforce. Er hat nach jahrzehntelangem Kampf gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Abschaffung des Sklavenhandels im britischen Königreich erreicht. Sein Beispiel ermutigt mich, den Kampf gegen diese Ungerechtigkeit aufzunehmen. Freiheit und Würde jedes Menschen ist Gottes Programm. Es soll auch unsere Geisteshaltung und Motivation sein.

Joel Blunier, Generalsekretär

Anzeige

*fachlich fundiert -
zeitlich flexibel*

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

**Theologie
mit Schwerpunkt
Seelsorge studieren**

EVP in Aufbruchstimmung

In der EVP herrscht mancherorts Aufbruchstimmung. Das ist höchst erfreulich. Die Einreichung der Erbschaftssteuerinitiative sowie des Referendums der Sonntagsallianz waren für mich bedeutsame Momente. Gemeinsam mit in diesen Fragen Gleichgesinnten dürfen wir uns für nachhaltige Lösungen einsetzen und auch Führungsarbeit übernehmen. Gerechte Steuern, die Verbesserung der finanziellen Basis der AHV oder der Schutz des Sonntags gehören zu unseren Kernthemen. Schon seit Jahren wehren wir uns z.B. gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung.

Besondere Aufbruchstimmung erlebe ich gegenwärtig bei der EVP Baselland. Mit Unterstützung aus den linken und den Mitteparteien kandidiert EVP-Politiker Thomi Jourdan am 9. Juni 2013 für den Regierungsrat. Thomi, im 39. Lebensjahr, zeigte schon als junger Landrat, dass er ein kompetenter, ernst zu nehmender Politiker ist. Acht Jahre war er im Kantonsparlament und trat dann zurück, weil er in die 7-köpfige Exekutive von Muttenz, einer grossen Gemeinde im Unterbaselbiet, gewählt wurde. In diesem Exekutivamt kommt seine politische Führungsbegabung deutlich zum Ausdruck. Beim Kampf um ein Mandat in der Kantonsregierung geht Thomi nicht als Favorit ins Rennen, doch da seine Persönlichkeit anerkannt ist, kann er für eine Überraschung gut sein. Sein persönlicher Einsatz und derjenige unserer Kantonalpartei werden überzeugend sein. Eine unserer Aufgaben als EVP ist es, dass wir engagierte Christen motivieren können, für politische Ämter zu kandidieren.



Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Bald kommen wieder Tausende von Einwanderern direkt aus Afrika zu uns, die im Frühling nichts anderes im Kopf haben, als sich möglichst schnell in grosser Zahl zu vermehren. Und dann haben sie noch die Frechheit, schon am nächsten Tag auf der höchsten Warte zu sitzen und ihr Lied zu singen, das niemand versteht.»

EVP-Kantonsrat Gerhard Fischer schlägt der SVP am 28. Januar eine neue Gruppe von Einwanderern vor, um die sie sich zur Abwechslung einmal kümmern könnte. Von wem spricht er?

Von den Zugewanderten

«Mutter Helvetia hat es nicht gerade leicht mit ihren 26 Kindern. Jedes findet nämlich, es sei ein Spezialfall und brauche besondere Bedingungen.»

EVP-Mitglied Gertrud Ernst aus Samedan zur Ablehnung der Bündner Proporzinitiative. Damit behaupte ihr Kanton, für den Sonderfall Graubünden mit seinen 150 Tälern komme nur das Majorzwahlsystem in Frage. Das Wallis wolle hingegen Ausnahmen beim Raumplanungsgesetz.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung am 23. März 2013 in Lausanne für die Abstimmung vom 9. Juni 2013:

Initiative «Volkswahl des Bundesrates»	NEIN
Änderungen des Asylgesetzes	JA

AUS DEM INHALT

Die EVP – eine katholische Partei? **4**
Denkanstösse von Matthias Vonarburg

Für schnellere Verfahren: **5**
Ja zum revidierten Asylgesetz

180 zu 1 im Nationalrat: **6**
Maja Ingold punktet beim Ärztstopp

Minenfeld Schule

Claudio Rossi verlor wegen angeblicher sexueller Übergriffe seine Stelle, seine Gesundheit und seine berufliche Perspektive. Erst nach sechs Jahren wurde er in allen Punkten freigesprochen. Ein Fall, der sich so nicht wiederholen darf, aber jederzeit geschehen kann.

Claudio Rossi, falsche Anschuldigungen ihrer Schülerinnen und Schüler haben zu einem Verfahren geführt, das erst nach sechs Jahren mit ihrem Freispruch endete. Wie konnte es soweit kommen?

Kinder werden heute mit viel Belastendem konfrontiert, gleichzeitig fehlen ihnen die Austauschmöglichkeiten zur Einordnung und Verarbeitung der Eindrücke. Die Eltern tun es nicht, in der Schule fehlt die Zeit. Weiter fehlen den Kindern männliche Vorbilder. Viele wachsen ohne Vater auf, Lehrer sind rar.

Bei der Akteneinsicht (nach 5 Monaten!) kam mir vieles auf den Befragungs-Videos bekannt vor. Themen, welche die 12-jährigen im Alltag stark beschäftigten, erzählten sie nun der Polizei, einfach mit mir in der Hauptrolle. Diese nahm alles für bare Münze und fragte nicht genauer nach.

Die Untersuchung wurde dilettantisch geführt.

Allerdings. Nur zwei Beispiele: Die Fachlehrerinnen für Turnen, Werken und Handarbeit wurden nicht befragt. Denen hätte ja etwas auffallen müssen. Und in den Unterlagen der Untersuchungsbehörden wird den entlastenden Aussagen so gut wie keine Beachtung geschenkt. Diese selektive und unfaire Wahrnehmung ärgert mich bis heute. Man hätte den Fall innert Tagen lösen können. Stattdessen wurde er verkachelt.

Weshalb wurden sie erst nach sechs Jahren freigesprochen?

Weil die Staatsanwaltschaft um keinen Preis aufgeben wollte, gleichzeitig aber so träge arbeitete,



Claudio Rossi

dass mein Anwalt und ich mehrere Ultimaten stellen mussten. Und ein Jahr habe ich durch meine Erkrankung verloren.

Haben Sie eine minimale Gerechtigkeit erfahren? Hat sich jemand bei Ihnen entschuldigt?

Entschuldigt hat sich niemand – es fühlt sich auch keiner schuldig. Es gab aber Schulvertreter, die ihr ernstes Bedauern dieser Not äusseren. Die Freisprüche haben für mich gesellschaftlich zu einer enormen Entlastung geführt.

Was können wir politisch ändern?

Wir brauchen Männer, die sich in Familie, Erziehung, Krippen und in der Schule engagieren bis hin zu den Fachstellen für Kinder- und Opferschutz. Das Selbstverständnis muss wieder hergestellt werden, dass an diese Orte auch Männer gehören.

Stellen wie Kinderschutz oder Opferhilfe sind tendenziell frauen-

dominiert. Das kann so weit gehen, dass eine etablierte, anerkannte Männerfeindlichkeit entsteht. Gerät ein Mann in die Mühle, entlädt sich an ihm der «Volkszorn» noch ehe klar ist, ob ihn Schuld trifft oder nicht. Es droht eine Art «Deformation professionelle» – eine Neigung, Missstände zu sehen, wo keine sind.

Kann man als Mann heute noch Lehrer sein?

Gut, dass Sie sich das fragen – Problem erkannt! Ja, man kann. Doch die männerarmen Schulen führen dazu, dass Frauen ihre Massstäbe vermehrt für objektiv und allgemeingültig halten. Sie müssen sie nicht mehr reflektieren. Als Mann gerät man hier aufs Glatteis bevor man es merkt. Fügt man sich den Profilvorstellungen nicht, exponiert man sich sehr bald, was hochgefährlich ist.

Was machen Sie heute?

Ich schlage mich durch, gebe Nachhilfe und lebe von meiner Rente. Sollte ich irgendwann die Entschädigung vom Kanton erhalten, habe ich Ideen, die zur Selbständigkeit führen könnten.

Ihr vorläufiges Fazit aus dem Fall?

Ich halte fest, dass der Vorwurf sexueller Belästigung als Werkzeug missbraucht werden kann, dass 12-jährige bereits sehr gut wissen, wie mit falschen Anschuldigungen Mitleid erregt werden kann, ohne sich der Folgen bewusst zu sein und dass sich Stellen wie Kinderschutz und Opferhilfe zuweilen ungebührlich auf dem Buckel eines «Täters» profilieren.

Der Fall im Überblick

Im Sommer 2004 war Primarlehrer Claudio Rossi verhaftet worden. Er soll, so der Vorwurf, die Schülerinnen und Schüler seiner Kleinklasse sexuell missbraucht haben. Noch während der Untersuchungshaft entliess ihn die Schulpflege.

Wie war es dazu gekommen? Nach einer Klassenumbildung auf das neue Schuljahr hin fiel der Parallellehrerin die Ausdrucksweise der neuen Kinder auf. Sie alarmierte den Schulleiter und dieser weitere Stellen, was innert Tagen zur Verhaftung Rossis führte. Die ehemalige Klasse wurde dann durch Polizistinnen befragt – im Rückblick auffallend einseitig und dilettantisch.

Bei einer zweiten Befragung sechs Monate später relativierten und revidierten die Kinder ihre Aussagen, woraufhin die Staatsanwaltschaft die Strafuntersuchung in neun Fällen einstellte. Nur in zwei Fällen kam es zur Anklage. Sowohl das Kriminalgericht wie sechs Jahre nach der Verhaftung auch das Obergericht sprachen Rossi in allen Punkten frei.

Nun forderte Rossi vom Kanton eine Entschädigung für das erlittene Unrecht, welches nicht spurlos an ihm vorbeiging. 2006 musste er sich einer schweren Herzoperation unterziehen und verlor wegen starker Medikamente einen Teil seines Gehörs. Seither erhält er eine halbe IV-Rente. Das Bezirksgericht sprach ihm 240'000 Franken Entschädigung und Genugtuung zu, doch der Staatsanwalt will das Urteil weiterziehen. Rossi kämpft noch immer um Gerechtigkeit und Rehabilitation.

akzente online

Eine ungekürzte Version des Interviews und weitere Materialien sind zu finden unter www.evppev.ch/akzente

Claudio Rossi, 47

Ehemaliger Lehrer, ledig, Mitarbeit in evangelischen Gemeinden. Hobbys: Bibelforschung, Modellbau, kreativ sein mit Bildern, Text und Grafiken. Rossi hat 2003 bei den Nationalratswahlen im Kanton Luzern für die EVP kandidiert.

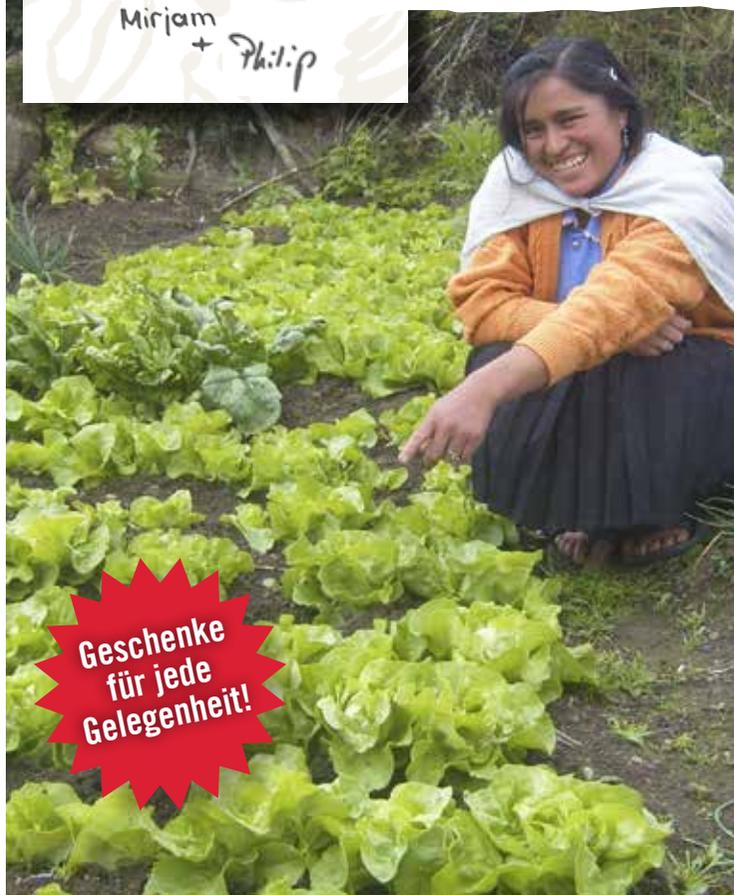
Hoffnung säen mit einem Besonderen Geschenk!

Liebs Mami
Mir händ enere
Familie in Peru
Hoffnig gschänkt.
Sie überchömed
Saatguet für ihre
Garte.
Du chunsch das
schöne Chärtli über.
Isch das nöd super?

Mirjam
+ Philip

Bestellung:
044 447 44 00
info@tearfund.ch

Weitere Auswahl
an Besonderen
Geschenken auf:
www.tearfund.ch



Geschenke
für jede
Gelegenheit!

X tearfund.ch
Hinsehen. Handeln.



TearFund Schweiz | Josefstrasse 34 | 8005 Zürich | Tel. 044 447 44 00 | www.tearfund.ch

SALZSTREUER



Die EVP – eine katholische Partei?

Bei der Gründung der EVP im Jahr 1919 war das katholische Moment nicht explizit anwesend. Heute sieht das anders aus. Ungefähr 2% der Parteimitglieder sind römisch-katholisch. Und weil sich die EVP dezidiert für christliche Werte stark macht, werden immer mehr Katholiken auf sie aufmerksam, was sehr erfreulich ist.

In der Auseinandersetzung mit Christen anderer Konfessionen kann die EVP lernen, sich selbst besser zu verstehen. Was macht ihr Wesen aus? Es könnte darin liegen, dass sie Brücken schafft, wo es keine gibt und so zur Stimme all jener wird, die sich nicht selbst Gehör verschaffen können. Dies tut sie zur Ehre Gottes im Dienste der Menschen. Weil aber kein Mensch von der Botschaft des Evangeliums ausgenommen ist, weist die EVP selbst auch eine katholische Dimension auf (katholisch = «das, was das Ganze betrifft» oder «allgemein»).

Auch wenn es in theologischer Hinsicht leider (noch?) einiges gibt, das den katholischen und den evangelischen Christen trennt, so sind diese Unterschiede in der Politik belanglos. Alle Christen können sich (ihren Talenten entsprechend) für die in Gott gründende Würde eines jeden Menschen einsetzen. So gesehen ist das katholische Moment der EVP nicht fremd, sondern gehört – wenn auch implizit – von Anfang an wesentlich zu ihr dazu. Ein Zusammenarbeiten in der gleichen Partei ist nicht nur möglich, sondern auch ein Zeichen einer ehrlichen und gangbaren Ökumene.

Matthias Vonarburg ist katholischer Theologe. Er hat bei der EVP ein Praktikum absolviert.

REFERENDUM

Schutz des freien Sonntags

Das Referendum gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit wurde eingereicht.

(nh). Das Referendum «Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag» ist zustande gekommen. Die Sonntagsallianz – die EVP ist Mitglied – hat fast 90'000 Unterschriften gesammelt. Mit der drohenden Liberalisierung sollen Tankstellenshops rund um die Uhr und auch am Sonntag ohne Bewilligung offen haben dürfen. Die EVP ist aber klar der Meinung, dass der Sonntag als Feier- und Ruhetag geschützt bleiben muss.

Derweil droht neues Ungemach. Das Parlament hat einen Vorstoss von FDP-Ständerat Fabio Abate überwiesen, der unter dem Deckmantel der Tourismusförderung die grossflächige Einführung von Sonntagsverkäufen verlangt. Dies soll der Bundesrat auf dem Verordnungsweg am Volk vorbei beschliessen dürfen. Eine Motion Lombardi will die Ladenöffnungszeiten in einer Mehrheit der Kantone deutlich ausdehnen. Und bereits fordern erste Vorstösse den 24-Stunden-Betrieb für weitere Läden. Unterbinden wir diese Salamtaktik mit einem deutlichen Nein zur Ausdehnung der Sonntagsarbeit voraussichtlich in der Herbstabstimmung!



Abstimmung zur Motion Abate: Rot umkreist die beiden EVP-Nationalrätinnen.



Heiner Studer bei der Einreichung des Referendums gegen die Sonntagsarbeit.

Raschere Asylverfahren

Die Änderungen im Asylgesetz sind insgesamt vertretbar und werden von der EVP unterstützt. In einer zweijährigen Testphase kann eine grundsätzliche Neuordnung und Beschleunigung des Asylwesens evaluiert werden.

MARIANNE STREIFF, NATIONALRÄTIN

Am 9. Juni stimmen wir über folgende Punkte ab, welche aus der laufenden Asylgesetzrevision herausgelöst und für dringlich erklärt worden sind, damit sie möglichst rasch Wirkung zeigen. Sie sind bereits im September 2012 in Kraft getreten. Ich erachte die Massnahmen als vertretbar und erkläre nachstehend, weshalb ich «dafür bin, dass man nicht dagegen ist.»

■ Der Bund kann während der nächsten zwei Jahre neue Abläufe testen, um so Erfahrungen für die Neugestaltung und Beschleunigung der Asylverfahren zu sammeln. Neu sollen alle Abklärungen vor Ort und nur durch eine zuständige Stelle in einem Bundeszentrum gemacht werden. Ein erstes Testzentrum ist in Zürich geplant.

■ Einfachere Suche nach Asylunterkünften: Bauten des Bundes können neu bewilligungsfrei für höchstens drei Jahre genutzt werden. Standortkantone von Bundeszentren werden entschädigt. Verschiedene Kantone haben bereits Interesse angemeldet.

■ Finanzielle Unterstützung von Beschäftigungsprogrammen: Asyl-

suchende in Bundeszentren sollen sich sinnvoll für das Gemeinwohl betätigen können. So wird das Klima in den Asylunterkünften verbessert und die Kriminalität gesenkt.

■ Es ist nicht länger möglich, bei einer Schweizer Botschaft ein Asylgesuch zu stellen. Als einziges Land mit Botschaftsgesuchen wurde die Sogwirkung auf die Schweiz schlicht zu gross. Mit den humanitären Visa und den Kontingentsflüchtlings kann die Schweiz weiterhin Menschen in Gefahr unbürokratisch in die Schweiz holen und ihnen hier Schutz gewähren.

■ Wehrdienstverweigerung und Desertion gelten nicht länger als Asylgrund. Das wird in der Praxis kaum etwas ändern. Menschen, die deswegen verfolgt oder als Staatsfeind betrachtet werden, werden auch künftig Asyl erhalten. Die Änderung soll aber verhindern, dass Menschen bloss desertieren, um in der Schweiz Asyl zu erhalten.

■ Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder den Betrieb eines Asylzentrums erheblich stören, können künftig in gesonderten Zentren für «renitente» Asylsuchende untergebracht werden.

Ich habe 17 Jahre mit jugendlichen Ausländerinnen und Ausländern gearbeitet und finde es ganz wichtig, dass wir die humanitäre Tradition unseres Landes hochhalten. Trotzdem bin ich für die vorliegenden Änderungen des Asylgesetzes. Ein Nein zu diesen Massnahmen trägt überhaupt nichts zu einer Lösung im angespannten Asylwesen bei. Das Referendum ist parteipolitisch motiviert und nicht sachgerecht. Die Delegierten der EVP sind am 23. März in Lausanne meinem Antrag gefolgt und haben mit 41 zu 25 Stimmen die Ja-Parole zum revidierten Asylgesetz beschlossen.



Die EVP-Delegierten haben der Revision am 23. März in Lausanne zugestimmt.

Lässt sich die Prostitution verbieten?

Erfolg für EVP-Nationalrätin Marianne Streiff: der Nationalrat hat ihr Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung» überwiesen. Der Bundesrat muss nun einen Bericht zur Bekämpfung des Menschenhandels vorlegen. Darin soll geprüft werden, inwiefern ein Verbot der Prostitution und des Kaufs von sexuellen Dienstleistungen machbar wäre und welche Folgen das für die betroffenen Frauen hätte.

Nur 1 Gotthardröhre

Der Gotthard-Strassentunnel ist in die Jahre gekommen und muss saniert werden. Statt einer Totalsperrung will der Bundesrat eine 2. Tunnelröhre bauen. Nach der Sanierung der alten Röhre dürften beide Tunnel nur einspurig benutzt werden. Wer's glaubt: Niemand baut ein teures Hallenbad und lässt die Bevölkerung anschliessend nur die Hälfte der Wasserfläche benutzen. Die zusätzlichen Kosten von einer Milliarde werden für Entlastungsprojekte in den Agglomerationen fehlen. Das Vorhaben bringt noch mehr Verkehr in die engen Urner Täler. Wären die Lastwagen nicht mehr im Strassentunnel, wie es der Alpenschutzartikel in der Verfassung eigentlich will, wäre die Sicherheit bereits sehr viel besser. Deshalb hat die EVP in der laufenden Vernehmlassung die 2. Röhre abgelehnt.

IV-Kompromiss

Erfolg für EVP-Nationalrätin Maja Ingold: Auch der Ständerat stimmt ihrem Vorschlag zur Aufteilung der IV-Revision 6b zu. Bevor Rentenkürzungen auf Vorrat beschlossen werden, müssen zuerst die Auswirkungen der IV-Revisionen 4, 5 und 6a abgewartet werden.

2 wichtige Initiativen

Bei der Familien- und der Abtreibungsfinanzierungsinitiative verfolgt die EVP im Rat einen differenzierten Kurs.

(nh). In der Sondersession kamen zwei wichtige Initiativen zur Sprache. Zunächst die Familieninitiative der SVP, welche die totale Gleichbehandlung der Fremd- und Eigenbetreuung verlangt. Für die EVP ist klar: Kinderbetreuung muss honoriert werden. Das muss der Gesellschaft etwas wert sein. Heute fühlen sich viele Paare, die ihre Kinder sel-

ber betreuen, benachteiligt. Sie profitieren nicht von den Krippensubventionen und können keine Steuerabzüge tätigen. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff versuchte mit einem Gegenvorschlag einen Mittelweg zu bereiten zwischen der weitgehenden Initiative und dem Status quo, doch ihr Antrag wurde leider abgelehnt.

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» beschränkt sich auf die Frage der Finanzierung. Für die EVP steht der Schutz des Lebens im Vordergrund. Sie will die Zahl der Abtreibungen senken. Dazu reicht die Initiative nicht aus. Die EVP fordert deshalb weitere Massnahmen wie eine fundierte Schwangerschaftsberatung, die Unterstützung von Frauen in Notlagen, Angebote wie Babyklappen oder anonyme Geburten und dass nicht der geringste Druck zur Abtreibung ausgeübt wird.

Wird das Waffengesetz unterlaufen?

Werden Waffen exportiert, muss das Empfängerland erklären, dass es die Waffen nicht an andere Staaten weiterverkauft. Für Waffenteile gilt dieses Wiederausfuhrverbot nicht. Entsprechend hat der Export von Waffenteilen stark zugenommen. Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) will diesen Missstand mit einer Motion ändern.

Zivis an die Schulen!

Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) verlangt mit einer Motion, dass Zivildienstsätze an Schulen künftig möglich sind. Die Zivis könnten eine wertvolle Unterstützung sein bei der Pausenaufsicht, am Mittagstisch, beim Hausdienst, der Aufgabenhilfe oder auf Ausflügen. Sie sollen die Lehrkräfte unterstützen, aber keinesfalls ersetzen. Der Unterricht bleibt Sache der Lehrkräfte.

Human Enhancement

Maja Ingold verlangt mit einem Postulat, dass der Bund die Nutzung von leistungssteigernden Medikamenten untersucht. Wo liegt die Grenze zwischen Therapie und Hirndoping? Für Ingold ist offensichtlich, dass analog zur Doping-Diskussion im Sport auch z.B. akademische Leistungsprüfungen zunehmend betroffen sein werden von der Frage von missbräuchlichem Konsum.

Schwarzarbeit

Zwei Interpellationen von Maja Ingold: Zum einen will sie wissen, wie der Bundesrat die Wirksamkeit des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit steigern will. Zum andern will sie den Schutz der Natur sicherstellen, wenn das Kitesurfen den anderen Wassersportarten gleichgestellt wird. Das betrifft vor allem die Schutzgebiete für Wasser- und Zugvögel.

180 zu 1 für Maja Ingold

Ein Einzelantrag von Maja Ingold wird in der Frühjahrs-session mit 180 zu 1 Stimmen angenommen.



Marianne Streiff und Maja Ingold im Nationalrat.

(mi/ms). Im März hat sich das Parlament zur Frühjahrs-session versammelt, im April folgte bereits die jährliche Sondersession des Nationalrates zum Abbau hängiger Geschäfte. Einige wichtige Vorlagen:

Die **Cleantech-Initiative** der SP will den Anteil der erneuerbaren Energien rasch ausbauen. Die Frage ist, wie das geschehen soll. EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) will ein Gleichgewicht zwischen Subventionen, Anreizen und nicht monetären Fördermassnahmen und versagte der Initiative die blinde Gefolgschaft.

Hingegen beschloss der Nationalrat eine massvolle Erhöhung der

Beiträge für die **kostendeckende Einspeisevergütung**. Damit können alle Wasserkraft-, Windenergie- und Biomasse-Projekte sowie die Hälfte der Photovoltaikprojekte realisiert werden, die heute auf der KEV-Warteliste blockiert sind.

Mit der **Hausarzt-Initiative** folgte ein nächstes populäres Anliegen. Die Einkommensunterschiede zwischen Hausärzten und Spezialisten müssen sich angleichen, doch den Maximalforderungen der Initiative (Abgeltungsgarantie in der Verfassung) kann die EVP nicht zustimmen. Sie unterstützte den ausgewogenen Gegenvorschlag.

Ohne **Zulassungsstopp** besteht die Gefahr einer Schwemme von Spezialärzten, weshalb das Parlament dessen vierte Verlängerung beschloss. Ein Einzelantrag von Maja Ingold (Ausbildungsqualität als entscheidendes Kriterium für eine Praxiseröffnung) wurde mit rekordverdächtigen 180 zu 1 Stimmen angenommen.

Den **Schweizer Pass** erhält künftig nur, wer eine Niederlassungsbewilligung hat und einer Landessprache mächtig ist. Im Gegenzug werden harmonisierte Verfahren und einheitliche Integrationskriterien eingeführt. Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) konnte ihre differenzierte Position in der Arena und auf Radio SRF1 darlegen.

Eine weitere **Volksinitiative von Marche blanche** will, dass Pädophile nach einer Verurteilung nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Dieses Ziel teilt die EVP uneingeschränkt. Doch der geforderte Automatismus ist nicht verhältnismässig – eine wesentliche Anforderung bei der Einschränkung von Grundrechten. Deshalb unterstützte die EVP den Gegenvorschlag.

Erleichterung für die EVP: der Nationalrat hat das umstrittene Wahlrecht in der neuen **Schwyzter Verfassung** zurückgewiesen. Stein des Anstosses sind die 30 zum Teil sehr kleinen Wahlkreise, welche faire Proporzahlen verunmöglichen und in 27 Fällen gegen Bundesrecht verstossen. Jetzt muss der Kanton einen neuen Vorschlag ausarbeiten.

TERMINE

- 1. Juni 2013 EVP Schweiz, Olten: Kadertag und Fokustag «Revision Schwerpunktprogramm»
- 9. Juni 2013 Eidgenössische Volksabstimmung
- 10. Juni 2013 EVP International: Besuch des Bundeshauses
- 22. Juni 2013 EVP Schweiz, Schaffhausen: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 24. August 2013 EVP Schweiz, Frutigen: Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 26. August – 30. August 2013 EVP Schweiz und ECPM: Leadership Retreat auf der Meielisalp
- 22. September 2013 Eidgenössische Volksabstimmung

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 20. Jahrgang, Nummer 2, Mai 2013

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber:

EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Adressen und Abverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Joel Blunier, Maja Ingold, Claudio Rossi, Marianne Streiff, Heiner Studer, Matthias Vonarburg.

Druck und Vertrieb:

Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:

Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

Revision des Parteiprogramms

Die EVP gibt sich ein neues Programm. Eine Kommission unter der Leitung von alt Nationalrat Walter Donzé ist vom Zentralvorstand mit einer Teilrevision des bestehenden Schwerpunkteprogramms beauftragt worden. Das Ziel ist, dass möglichst breite Parteikreise in die Überarbeitung involviert werden können und ein gut abgestütztes Programm entsteht. Bis im Herbst will die Programmkommission die zahlreichen Inputs (z.B. vom Fokustag, siehe umstehende Box) zu einem Entwurf verarbeiten, gegen Ende Jahr ist eine Vernehmlassung bei den Sektionen geplant.

Kadertag mit Georges Morand

Am 1. Juni lädt die EVP in Olten zum Kadertag mit Coach und Theologe Georges Morand. Er wird zu uns sprechen über «Fokussierung als Schlüssel zum Erfolg – EigenART versus Hansdampf in allen Gassen».
www.evppvev.ch/kadertag

EVP sieht sich Mitte-Links

Per Newsletter hat die EVP zu einer kurzen Mitgliederumfrage eingeladen, 346 Mitglieder haben sich daran beteiligt. Auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 10 wird die EVP bei einem Wert von 4.5 platziert. Sie selber sehen die Antwortenden im Schnitt bei 4.9 (die Mitte läge bei 5.5). Thematisch soll sich die EVP insbesondere für die Familienförderung, Soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einsetzen.

Abschied von Hansruedi Mettler

Am 27. Februar ist Hansruedi Mettler überraschend im 53. Altersjahr verstorben. Er war von 2007 bis 2011 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Aargau. Der Familie gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Soziale Gerechtigkeit im *jevp-Osterlager

Die *jevp hat die Gemeinschaft gepflegt und sich hautnah mit sozialer Gerechtigkeit auseinander gesetzt.

ROMAN RUTZ, CO-PRÄSIDENT *JEVP

Was «Gerechtigkeit» in unserer Welt bedeutet, zeigte bereits das Mittagessen kurz nach der Ankunft: Wer am «richtigen» Tisch Platz nahm, wurde mit saftigen Hamburgern verköstigt, während sich andere – am «Bangladesch»-Tisch – mit einem Topf Reis ohne Teller und Besteck begnügen mussten. Doch trotz dieser anfänglichen Ungerechtigkeit bildete die Gruppe schnell eine starke Einheit und das Anliegen, etwas zu bewegen, wurde rasch geweckt. Intensiv diskutierten die

Teilnehmer in Gruppen Themen wie Armutsbekämpfung, Menschenhandel oder Fair Trade. Manche Vision einer besseren Welt wurde dabei geboren. Gleichzeitig motivierten die Ostergeschichte sowie verschiedene Gebets- und Worship-Zeiten, den Glauben nicht nur persönlich zu leben, sondern Botschaften in die Welt zu tragen – politisch, im Job oder privat. Auch blieb noch genügend Zeit, die Tessiner Frühlingsluft in vollen Zügen zu geniessen, im eiskalten See dem jugendlichen Übermut zu frönen oder sich beim Sport auszutoben. Echt *jevp-like also!



Die *jevp hat sich im Tessin mit sozialer Gerechtigkeit, Menschenhandel, Armutsbekämpfung und Fair Trade befasst.

KANTON SOLOTHURN

René Steiner bleibt im Kantonsrat

(nh). Die EVP Kanton Solothurn konnte am 3. März ihren Wähleranteil und damit ihren Sitz im Kantonsrat verteidigen. René Steiner (Bild) wurde als Kantonsrat bestätigt (Amtei Olten-Gösgen). Einen Monat später wurden in Olten Stephan Hodonou und Marlène Wälchli Schaffner (beide bisher) wieder ins Gemeindeparlament

gewählt. Die EVP erreichte mehr als 4.2% Wähleranteil und damit zwei Vollmandate.



René Steiner vertritt die EVP im Solothurner Kantonsrat.



Neue Präsidien

Die **EVP Kanton Bern** wird neu von Grossrätin Christine Schnegg aus Lyss präsidiert. Sie ist die erste Frau an der Spitze der grössten Kantonalpartei. **EVP Burgdorf:** Neue Präsidentin ist die 24-jährige Stadträtin Tabea Bossard-Jenni. **EVP Romanshorn-Salmsach:** Erster Präsident der neuen Sektion wird Manuel Reber.

Neu in der Exekutive

Susanne Grimm-Arnold heisst die neue Gemeinderätin von Belp. Sie ersetzt Fritz Tschirren, der kurz nach seiner Wiederwahl aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste.

Weitere Ämter

Hansruedi Kocher ist zum Statthalter des Bezirks Pfäffikon ZH gewählt worden. Er ist der erste EVP-ler in diesem Amt. **Daniel Steiner** präsidiert dieses Jahr das Stadtparlament und ist damit höchster Langenthaler.

Parteiämter

Die EVP Kanton Zürich hat ihre Parteileitung mit **Erika V. Rüedi** (neue Finanzchefin) und **Judith Alder** (Beisitzerin) ergänzt. **Dominik Schmid** ist seit Anfang Jahr als Sekretär Aufbau und Jugend angestellt. **Oliver Maurer** ist neuer Regionalkoordinator der *jevp im Kanton Aargau. Er folgt auf Andreas Müller.

40 Jahre sind genug

Nach 12 Jahren im Einwohnerrat und 28 Jahren in der Exekutive wird **Heiner Studer** nicht für eine weitere Amtsperiode im Gemeinderat von Wettingen kandidieren. Die EVP will den Sitz mit **Helen Suter** verteidigen.

A.Z.B.
3000 Bern 7



Niklaus Harri

BLITZKASTEN



Ein Apfel für die AHV

(nh). Die EVP-Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» ist offiziell mit 110'205 Unterschriften zustande gekommen. Damit werden die Stimmberechtigten über eine moderate und gerechte Erbschaftssteuer abstimmen können.

Unser Bild zeigt die Einreichung der Initiative am 15. Februar in Bern. Das EVP-Banner ist gut sichtbar neben dem Fahnenwald der Gewerkschaften, die Unterschriften-

tenscharteln zeigen das Kampagnensujet. Die mit Äpfeln prall gefüllte Schüssel symbolisiert, dass nur ein kleiner Teil – der einzelne Apfel – an die AHV geht. Der Grossteil des Nachlasses bleibt den Erben erhalten. Zur Verinnerlichung dieser Kampagnenbotschaft kamen die Anwesenden in den Genuss der legendären Apfelmöhli aus dem Berner Bärehöfli.

An einer kurzen Medienorientierung haben EVP-Präsident Heiner

Studer, SP-Vizepräsidentin Barbara Gysi, Grüne-Co-Präsidentin Regula Rytz und SGB-Vizepräsident Giorgio Tuti (alle links im Bild) vorgängig erläutert, weshalb die Erbschaftssteuerreform eine feine Sache ist. Der nächste Schritt ist nun die Erarbeitung einer Botschaft durch den Bundesrat. Anschliessend kommt die Initiative ins Parlament. Mit einer Abstimmung ist frühestens 2014 zu rechnen. Dann erhält die AHV ihren Apfel!

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

1. ausserordentliche DV der EVP Schweiz am Samstag, 22. Juni 2013, 10.00 bis 12.30 Uhr im Park Casino Schaffhausen.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen für den 22. September 2013
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 22. Juni an.
(Webanmeldung möglich unter www.evpppev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-p-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 17. Juni 2013 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7



Ihre Idee für das Parteiprogramm?

Die EVP gibt sich ein neues Parteiprogramm. Dazu sind alle Mitglieder eingeladen, ihre Ideen, Visionen und Wünsche einzubringen und die künftige Ausrichtung der EVP mitzuprägen. Kommen Sie am 1. Juni an den Fokustag in Olten (13.30 bis 16.30 Uhr, am Morgen findet der Kadertag statt) und helfen Sie mit, dass die EVP zu einem Programm kommt, das auf der Basis christlicher Werte zukunftsweisend ist. Infos und Anmeldung unter www.evpppev.ch/fokustag